

Unsolidarische Bayern

Der Freistaat Bayern will gegen den Länderfinanzausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Die Bayrische Regierung, bestehend aus CSU und FDP, schlägt wieder zu.

Bayern gehört zu den vier Geberländern im bundesdeutschen Finanzaustausch. Nach bayrischen Angaben zahlen sie etwa 15 Prozent ihrer Steuereinnahmen in den gemeinsamen Topf. Auf die Argumente der Bayern einzugehen lohnt sich nicht. Sie werden, in regelmäßigen Abständen, immer wieder vorgebracht. Zwar braucht der Länderfinanzausgleich eine Reform, aber die würde wahrscheinlich dem Freistaat noch mehr abverlangen.

Bayern will den „Versagern“ und „schlecht arbeitenden Menschen“ in den nördlichen Bundesländern die Daumenschrauben anlegen, so wie es Deutschland mit Griechenland und anderen Staaten, die über ihre Verhältnisse (nach Meinung der Deutschen) leben, macht.

Damit wollen sie ein Beispiel geben, wie es auch in Europa aussehen sollte, da sie befürchten, dass sich die südlichen Länder und ihre Forderungen nach mehr Solidarität der Länder, die überwiegend von der EU (auf Landesebene profitiert Bayern von den anderen Ländern) profitieren, durchsetzen könnten.

Zumal das Bundesverfassungsgericht sich mehr Zeit für seine Entscheidungen zum Fiskalpakt und zum ESM nimmt als die Durchpeitscher der Koalition, in Zusammenarbeit mit SPD und Grünen, dem Gericht zugestehen wollen.

Sie fürchten den Gegenwind, der sich überall in Europa bemerkbar macht.

Sogar aus den eigenen Reihen kommen Vorschläge, die den Finanzanlegern (den Märkten) das Blut gefrieren lässt. Und zwar hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gefordert, so etwas wie eine Sonderabgabe von den Reichen zu etablieren, um die Staatsschulden mit einem Schlag deutlich zu senken und damit, in einem ersten Schritt, die Macht der Finanzmärkte einzuschränken. Allerdings ist diese Meldung schnell wieder aus den Medien verschwunden, wahrscheinlich haben die Betroffenen ihre Medienmacht sprechen lassen.

Ein weiterer Hintergrund für die bayrische Komödie ist die im nächsten Jahr anstehende Landtagswahl. Auch in Bayern verlieren die ewig Gestrigen an Wählerzuspruch. Eine zunehmend informierte Bevölkerung hat keine Lust mehr auf dieses Stammtischniveau, das die CSU im Wesentlichen zu bieten hat. Die Partei versucht, mit diesem Theater, ihre Hinterwälder zu mobilisieren.

Eine weitere Meldung führte dieser Tage selbst im Deutschlandfunk zum Stirnerunzeln (in einem Interview wurde diese Meldung als reiner Populismus, trotz besserem Wissen, bezeichnet). Ein CDU Promi hat gefordert, dass die Wahl der Verfassungsrichter im Bundestag auf eine breitere Ebene gestellt werden muss.

Bislang werden die Richter je zur Hälfte vom Bundesrat und vom Bundestag gewählt, wobei im Bundestag nur 12 Abgeordnete beteiligt sind, die den Richter bestimmen.

Selbst die Zwölf sind nur Händehaber, wie die meisten Abgeordneten im Bundestag. Die Entscheidungen werden von einer kleinen Klicke, die oben in der Parteihierarchie zu finden sind getroffen und zwar in Absprache oder auf Anweisung der Wirtschaftslobbyisten (viele Gesetze werden von der Wirtschaft und ihren Handlangern, auch in Regierung und Verwaltung, geschrieben und im Bundestag, von zum Teil überforderten, zum Teil bevorteilten Abgeordneten, abgenickt).

Soviel an dieser Stelle zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Hans-Wilhelm Meyer (Juli 2012)

www.ausbruchsversuche.de